

# **Aufbruch in die lernende Gesellschaft**

## **Bildungspolitische Leitsätze Beschluss des Bundesausschusses der CDU Deutschlands vom 20. November 2000 in Stuttgart**

1. Nur eine lernende Gesellschaft ist eine zukunftsfähige Gesellschaft. Bildung ist Schlüssel für individuelle Lebenschancen und Motor für gesellschaftliche Entwicklung. Bildung begründet Wohlstand. Kulturelle Teilhabe, politische Mündigkeit und eine berufliche Perspektive durch Bildung für alle zu ermöglichen, ist eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe.

Bildungspolitik muss im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit stehen. Sie muss insbesondere bei der Finanzplanung Priorität haben. Bildungsausgaben sind keine Konsumausgaben, sondern Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

### **I. Grundlagen unserer Bildungspolitik**

2. Die CDU Deutschlands verfügt über ein bildungspolitisches Grundsatzprogramm ("Erziehung und Bildung in unserem freiheitlichen und demokratischen Bildungssystem", Beschluss des 4. Parteitags der CDU Deutschlands, 1993). Darauf bauen die vorliegenden Leitsätze auf.

Der Übergang zur Wissensgesellschaft, die Globalisierung der Wirtschaft, sozialer und ökologischer Wandel sowie tiefgreifende Veränderungen in der Arbeitswelt, nicht zuletzt durch die neuen Technologien - das sind die großen Herausforderungen, denen wir uns mit diesen Leitsätzen stellen.

Das Bildungswesen leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Vollendung der deutschen Einheit, zum Aufbau eines vereinten Europas und zur Integration von Aussiedlern und Ausländern in die deutsche Gesellschaft.

3. Unsere Grundprinzipien haben auch in Zukunft Geltung:

- Das Erziehungsrecht der Eltern hat Vorrang. Es nimmt sie zugleich in die Pflicht.
- Wir bekennen uns zum Erziehungsauftrag der öffentlichen Schulen in staatlicher und privater Trägerschaft, der über die Vermittlung von Wissen hinausgeht. Die Schule muss auf der Grundlage unserer christlich-abendländischen Kultur in enger Zusammenarbeit mit den Eltern ethische Orientierung geben, Werthaltungen einüben und soziale Kompetenzen vermitteln. Dazu gehört auch der verantwortliche Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen.
- Wichtigstes Ziel eines begabungsgerechten, gegliederten Schulwesens ist es, Kinder und Jugendliche zu stärken und nach ihren Talenten zu fördern. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den Behinderten.
- Wir setzen auf Förderung aller unter besonderer Berücksichtigung sowohl der Lernschwachen als auch der Begabten. Elitebildung und –förderung sind notwendig zur Entwicklung unserer Gesellschaft, unserer Wirtschaft und unseres Staates.
- Wir wollen gerechte Chancen für alle im Bildungswesen und durch das Bildungswesen verwirklichen.
- Wir bekennen uns zur öffentlichen Verantwortung für Bildung und Erziehung und unterstützen zugleich Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft.

- Wir bejahen das Leistungsprinzip und setzen uns für Chancengerechtigkeit ein. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich jeder nach seinen individuellen Begabungen und Talenten optimal entfalten kann. Wir müssen das Leistungsprinzip an unseren Schulen wieder überzeugend in den Mittelpunkt stellen.

- Wir wollen den Föderalismus im Bildungswesen zu einem Wettbewerbsföderalismus ausbauen.

- Wir halten Bildung auch im Alter für unverzichtbar.

4. Unser Leitbild von der lernenden Gesellschaft entspricht der Wertgrundlage, die wir 1993 formuliert haben: "Jeder hat einen Anspruch auf Erziehung und Ausbildung. Nur Bildung versetzt den Menschen in die Lage, seine Würde und Freiheit zu erkennen, Pflichten zu erfüllen, Verantwortung zu übernehmen und Rechte zu gebrauchen. Bildung ist Voraussetzung für die Teilhabe an Kultur und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Bildung ist zugleich die Bereitschaft zu lebenslanger Auseinandersetzung mit der Frage nach dem Sinn des Lebens sowie die Auseinandersetzung mit Beruf, Lebenskreis und Welt. Ziel der Erziehung ist somit auch die Fähigkeit zu lebenslangem Lernen" (Beschluss des 4. Parteitages).

5. Die vorliegenden Leitsätze benennen Stärken und Schwächen unseres Bildungswesens, sie beschreiben Ziele und konkrete Umsetzungsperspektiven. Auch im Bildungswesen stellen wir uns dem hohen Anspruch unseres Zukunftsprogramms, die modernste Gesellschaft Europas zu schaffen.

## **II. Leitbild lernende Gesellschaft**

6. Es gibt in Deutschland und Europa einen weitgehenden gesellschaftlichen und politischen Konsens darüber, dass die gegenwärtigen Herausforderungen des globalen Wandels neue Anstrengungen im Bildungsbereich nötig machen.

Das Wissen der Menschheit nimmt immer rascher zu und gewinnt eine immer größere Bedeutung als Produktionsfaktor. Außerdem bietet eine neue Qualität des Wissenszugangs durch die Informations- und Kommunikationstechnologien neue Chancen. Dadurch wird der Lernbedarf der gesamten Gesellschaft wachsen. Zugleich wird die Bevölkerung aufgrund steigender Lebenserwartung und sinkender Geburtenzahlen insgesamt älter. Wie lässt sich also die Innovationsbereitschaft und

-fähigkeit mit einem steigenden Anteil älterer Menschen sichern? Die lernende Gesellschaft muss die Konsequenzen aus dem demographischen Wandel ziehen.

Es geht darum, Wissen, Können und Problemlösefähigkeiten möglichst aller Menschen zu fördern und ihre Talente zur Entfaltung kommen zu lassen. Es geht um eine verantwortungsbewusste Zukunftsgestaltung, die Wohlstand und humane Lebensqualität fördert und sichert. Es geht schließlich um die Frage: "Wie wollen wir leben?"

7. Lernkultur heißt nicht "Belehrungskultur". Wichtige Lernprozesse ergeben sich auch aus Praxissituationen im Alltag. Bildung wird auch außerhalb von formalisierten Bildungsgängen erworben.

"Informelles Lernen" und "selbstgesteuertes Lernen" gewinnen an Bedeutung. Dabei geht es um freies und selbstverantwortetes Lernen, das in die Fähigkeit zur Anwendung von Wissen und Können mündet. Nur die Praxis kann die Kunst des Handelns lehren.

Lebenslanges Lernen gehört für die CDU zu ihrem Verständnis vom Menschen. Es bedeutet Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit. Wir wollen keine pädagogische Betreuung von der Wiege bis zur Bahre.

Die lernende Gesellschaft fordert vom Menschen, sich aus eigener Kraft weiterzubilden, sie unterstützt Lernende und schafft durch neue Anreize ein lernfreundliches Klima für alle Altersgruppen.

8. Bildung und Erziehung tragen zur Chancengerechtigkeit und somit zum sozialen Ausgleich bei. Niemand darf durch fehlende Bildungsangebote von der kulturellen Teilhabe ausgeschlossen werden.

Lebenslanges Lernen sichert die Grundlagen der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft und erhöht ihre Leistungsfähigkeit. Lebenslanges Lernen schafft mehr Wohlstand für alle.

9. Die Schule muss Schlüsselqualifikationen als Grundlagen für lebenslanges Lernen vermitteln. Wer einen Schulabschluss erworben hat, muss das Lernen gelernt haben. Er muss aber noch nicht alles wissen und können, was er auf die Dauer für Ausbildung, Leben und Beruf braucht.

Schule, berufliche Bildung, Hochschule und Weiterbildung sollen zum lebenslangen Weiterlernen motivieren sowie die dazu notwendigen Kenntnisse vermitteln und Kompetenzen entwickeln.

Das setzt voraus, dass sich die Einrichtungen des Bildungswesens selbst als lernende Organisationen verstehen.

10. Die lernende Gesellschaft eröffnet Freiräume für informelles Lernen und honoriert Kompetenz und Leistung unabhängig davon, wo die Voraussetzungen dafür erworben wurden.

11. Bund, Länder und Kommunen sind Partner in der lernenden Gesellschaft. Ohne das Engagement der Kirchen, der Verbände und Vereine, der Sozialpartner, privater Stiftungen und freier Unternehmen bleibt das notwendige staatliche Engagement unvollständig.

Die CDU bekennt sich im Rahmen der Werteordnung des Grundgesetzes und der Länderverfassungen zur weltanschaulichen Pluralität in Bildung und Weiterbildung.

12. Der Anfang aller guten Politik ist die Betrachtung der Wirklichkeit und das Lernen an der Wirklichkeit. Die Bildungspolitik der CDU orientiert sich deshalb auch daran, wie die Menschen in Deutschland heute tatsächlich leben und wie sie morgen leben wollen.

Wir werden das deutsche Bildungswesen so weiterentwickeln, dass seine Absolventen national und international bestehen können.

### **III. Kopf, Herz und Hand: Bildung für den ganzen Menschen**

13. Es gibt keine Bildung ohne Erziehung und keine Erziehung ohne Werte. Wir brauchen Mut zur Erziehung.

Persönlichkeitsbildung und Werteerziehung gehören auch in die Schule, weil Kopf, Herz und Hand zusammengehören. Qualifikation und Wissen erhalten ihren Sinn durch Mitmenschlichkeit, Urteilskraft und Handlungsfähigkeit.

14. Schulische Bildung braucht die Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Elternhaus. Erziehung und Bildung dürfen nicht allein an die Schule delegiert werden. Erziehung ist vorrangig Aufgabe der Eltern.

Es gibt eine Tendenz zur Erziehungsverweigerung in der Gesellschaft. Die Schule darf sich davon nicht anstecken lassen. Sie kann aber auch nicht alles leisten. Beide - Elternhaus und Schule - haben nicht nur ein Recht, sondern auch die Pflicht zu erziehen.

15. Musische Bildung ist grundlegend für weiteres Lernen, und sie ist persönlichkeitsbildend. Kunst, Musik und die Förderung der Bewegungsfreude - nicht nur im Sportunterricht - setzen Lernfähigkeit bei Kindern und Jugendlichen frei und eröffnen spielerische Zugänge zum Wissenserwerb.

16. Sicherheit in der Muttersprache - für Ausländerinnen und Ausländer: Beherrschung der deutschen Sprache - und Erwerb mindestens einer Fremdsprache werden ergänzt durch Mathematik als universaler "Sprache" der wissenschaftlich-technischen Zivilisation.

17. Der christliche Religionsunterricht – und damit die Frage nach Gott – muss im Fächerkanon verankert sein. Dabei geht es nicht nur um ein historisches Bildungsgut des Abendlandes, sondern auch um Hilfe zur Lebensorientierung und sinnvollen Lebensgestaltung.

Auf der Basis des Grundgesetzes soll islamischer Religionsunterricht eingerichtet werden in deutscher Sprache, mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern und unter deutscher Schulaufsicht.

Die Einrichtung eines Faches Ethik als Wahlpflichtfach neben dem Religionsunterricht verstehen wir als ein Bekenntnis zum ethischen Auftrag der öffentlichen Schule.

Werteerziehung darf nicht auf den Religions- und Ethikunterricht begrenzt bleiben. Alle Fächer und auch die außerunterrichtlichen Aktivitäten der Schule können und sollen Wissen und Werte verbinden.

18. Wir brauchen eine umfassende Neubewertung des praktischen Lernens in allen Schularten. Lerninhalte und Lernformen sollen nicht einseitig auf wissenschaftliche Abstraktion ausgerichtet sein, sondern auch die Handlungs- und Sozialkompetenz der Lernenden fördern und entwickeln.

Die Hauptschule ist dabei besonders herausgefordert, ihr eigenständiges pädagogisches Profil zu stärken, das die praktischen Fähigkeiten der Schüler in den Mittelpunkt stellt. Die Hauptschule muss in der gesellschaftlichen Wahrnehmung aufgewertet werden.

19. Innovative pädagogische Konzepte, die neue Lernkulturen entwickeln helfen und das nachhaltige und selbstgesteuerte Lernen fördern, gehören zur ständigen Weiterentwicklung der Schule und werden bereits vielerorts umgesetzt.

Wer Schulreform will, darf sich nicht am Schlechtreden der Schule beteiligen. Die Leistungen unserer Schulen anzuerkennen heißt, ihre Erziehungskraft zu stärken.

Die lernende Gesellschaft muss geprägt sein von der Wertschätzung pädagogischer Arbeit. Lehrerinnen und Lehrer leisten eine unverzichtbare und herausragende kulturelle Grundlagenarbeit.

20. Die Schule soll Kinder und Jugendliche durch Wissen, Bildung und Erziehung zu wertgebender Freiheit hinführen und zu staatsbürgerlicher Mündigkeit befähigen. Der Sinn für Selbständigkeit und Eigenverantwortung muss auch in der Schule gefördert werden. Das schließt den Unterricht über wirtschaftliche Zusammenhänge sowie eine positive Grundeinstellung zu unternehmerischer Selbständigkeit in der freien Wirtschaft ein.

Nur mit der erzieherischen Verbindung von Kopf, Herz und Hand kann es gelingen, Mut, Kreativität und Unternehmergeist in jungen Menschen zu wecken.

Die Schule muss vorbereiten auf die zunehmende Globalisierung, indem sie hilft, einen Standpunkt und eine Heimat zu finden. In der Erziehung zu Weltoffenheit und Heimatverbundenheit sieht die CDU einen Schlüssel für eine gelungene Persönlichkeitsbildung.

#### Dafür setzen wir uns ein:

21. Wir brauchen neue Modelle der Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule. Dazu gehört, dass Eltern Mitverantwortung für Schulprogramme übernehmen, ihre besonderen Fähigkeiten in das Schulleben einbringen und so zur Öffnung der Schule nach außen zur qualitativen Entwicklung nach innen beitragen.

Durch Elternseminare über Erziehungsfragen soll der Austausch zwischen Schule und Elternhaus gefördert und inhaltlich ausgestaltet werden. Eltern und Lehrer müssen sich in ihrer Erziehungsarbeit gegenseitig unterstützen.

Kopfnoten zur Beurteilung des Lern- und Sozialverhaltens sind ein bewährtes Element der erziehenden Schule. Sie sind nicht das Ziel, sondern der Ausgangspunkt für den Dialog zwischen Lehrern, Eltern und Schülern über Erziehung.

22. Fördervereine an Schulen und Vereine von ehemaligen Schülerinnen und Schülern können Orte des Dialogs über Erziehung und Bildung werden. Die Gründung von Fördervereinen - gerade auch an Hauptschulen - soll unterstützt werden.

Schulen sollen verstärkt eingebunden werden in Netzwerke lokaler Institutionen, Vereine und Unternehmen, die eine Mitverantwortung für die Schulentwicklung übernehmen, indem sie z.B. Einblicke in die Berufs- und Lebenswelt anbieten.

23. Ganztagesangebote, Ganztagschulen, Schulsozialarbeit, Schuljugendarbeit und Kooperation mit der Jugendhilfe sollen schrittweise und bedarfsgerecht ausgeweitet werden. Erziehung ist Aufgabe der ganzen Schulgemeinschaft.

Die verlässliche Erteilung der im Stundenplan vorgesehenen Unterrichtsstunden sowie die bedarfsgerechte Ausweitung ergänzender Betreuungsangebote - insbesondere an der Grundschule - verstehen wir als Chance für pädagogische Erneuerung und mehr Familienfreundlichkeit.

24. Die Lehrerausbildung ist der Schlüssel für die erzieherische Qualität der Schule. Ein ethisch-philosophisches Grundlagenstudium muss Teil jeder Lehrerausbildung sein.

Praktika müssen ein Kernbestandteil des Lehrerstudiums sein. Der pädagogische "Ernstfall" muss im Mittelpunkt der Lehrerbildung stehen. Lehrerinnen und Lehrer müssen in Aus- und Fortbildung über das fachliche und fachdidaktische Studium hinaus zur Erziehung in der Schule befähigt werden.

Medienkompetenz gehört unabdingbar zu einer modernen Lehrerbildung. Die Medienkompetenz des Lehrers muss im Studium grundgelegt und durch regelmäßige Fortbildung aktualisiert werden.

Schulleiter müssen in der Pädagogik, der Administration und der Personalführung für ihre besonderen Aufgaben ausgebildet werden.

25. Das Thema "Gewalt und Drogen in der Schule" darf nicht tabuisiert werden; es muss als pädagogische Herausforderung begriffen werden. Strategien der Prävention sollen im Dialog der gesamten Schulgemeinschaft entwickelt und umgesetzt werden.

Die Schülerinnen und Schüler sind an der Ursachenerforschung und an der aktiven Vermeidung von Gewalt unmittelbar zu beteiligen.

Lokale Bemühungen zur Gewaltprävention sollen durch kommunale, regionale und länderbezogene Arbeitsgruppen unter Einbeziehung von Polizei und Justiz fachlich unterstützt werden.

Fehlverhalten und Rücksichtslosigkeit gegenüber Mitschülerinnen und Mitschülern sowie Lehrkräften dürfen nicht länger Bestandteil des Schulalltags sein. Lehrerinnen und Lehrer müssen einschreiten, wo dies nötig ist. Schulleitung und Schulverwaltung dürfen sie mit dieser Aufgabe nicht allein lassen. Neue Formen pädagogisch sinnvoller Sanktionen müssen diskutiert und eingeführt werden.

26. Erziehung und Bildung außerhalb der Familie beginnen im Kindergarten. Spielen und Lernen gehören zusammen. Bessere Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Schulen führt zu einem intensiveren Dialog über den Bildungs- und Erziehungsauftrag von Kindergarten und Schule.

Kindergärten und Grundschulen sollen verstärkt kooperieren, um den Einstieg in das schulische Lernen fließend zu gestalten. Vorschulen oder Schulkindergärten können bei dieser Aufgabe einen sinnvollen Beitrag leisten.

#### **IV. Schulqualität ist eine gesellschaftliche Aufgabe**

27. Schulqualität ist im Kern Unterrichtsqualität. Guter Unterricht lebt davon, dass die Schülerinnen und Schüler ernst genommen werden und durch Angemessenheit und Vielfalt der Methoden individuelle Lernprozesse ermöglicht werden.

Schulqualität setzt eine ausreichende Zahl von qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern voraus.

28. Schulqualität zeigt sich in der lernenden Gesellschaft daran, wie gut es gelingt, die Grundlagen für lebenslanges Lernen zu legen. Deshalb müssen die Vermittlung der Kulturtechniken und die Lernmotivation noch mehr im Zentrum der Schule stehen.

Grundlegende mathematische Fähigkeiten und naturwissenschaftliche Kenntnisse, Sprachkompetenz in Wort und Schrift, eine aktive Lesefähigkeit, die Selbstorganisation von Lernprozessen, die das Beschaffen, Befragen und Bewerten von Informationen ebenso einschließt wie den Umgang mit neuen Informations- und Kommunikationstechniken, gehören zum Kernbereich des schulischen Auftrages. Der Erwerb solcher Grundkompetenzen lässt sich nicht auf spätere Lebens- und Lernphasen vertagen.

29. Die Debatte über die Ergebnisse von internationalen Vergleichsuntersuchungen zur Leistungsfähigkeit von Schulen (TIMSS u.a.) hat der schulischen Qualitätsentwicklung genutzt.

Deshalb plädiert die CDU für regelmäßige Vergleichstests - auch zwischen den Ländern der Bundesrepublik - und fordert deren Einbindung in umfassende Entwicklungsprozesse, die sowohl Lehrerbildung und Bildungspläne als auch Innovation bei Unterrichts- und Prüfungsformen mit umfassen.

30. Gute Schulqualität lässt sich nicht allein durch Zuweisung finanzieller Mittel bewirken. Schulqualität braucht ein lernförderndes und leistungsfreundliches Klima auch außerhalb der Schule. Sie ist deshalb eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft.

Die Gesamtschule hat sich nicht bewährt. Trotz eines überdurchschnittlichen Ressourcenverbrauchs an Lehrkräften und Finanzmitteln fördert sie die Schülerinnen und Schüler - lernschwache wie lernstarke - nachweislich in der Regel schlechter als andere Schularten.

Deshalb wird die CDU keine neuen integrierten Gesamtschulen einrichten.

31. Eine gute fach- und erziehungswissenschaftliche Lehrerbildung ist die wichtigste Voraussetzung für Schulqualität. Sie muss den ihr gebührenden Stellenwert an den Hochschulen bekommen.

Frühe umfassende Praxiserfahrungen in der Lehrerbildung sollen dazu beitragen, dass diejenigen den Lehrberuf anstreben, die ihm in der Praxis gewachsen sind und die erforderlichen Talente im Umgang mit Kindern und Jugendlichen mitbringen.

Fachdidaktik und praktische Pädagogik müssen in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern stärker gewichtet werden.

32. Schulqualität braucht eine funktionsfähige Schulaufsicht. Sie muss Qualitätskontrolle mit Beratung bei der Qualitätsentwicklung verbinden.

Mehr Gestaltungsräume für die einzelne Schule und zentrale Prüfungen, die die Gleichwertigkeit der Abschlüsse innerhalb des Landes und in der Bundesrepublik Deutschland sicherstellen, gehören zusammen, um Qualitätsentwicklung nachhaltig und Qualitätsstandards transparent zu machen.

Mehr Eigenverantwortung der einzelnen Schule im Blick auf Budget, Schulprogramm und Lernmethoden sollen mit regelmäßiger Evaluation verbunden werden.

Erweiterte Handlungsspielräume und größere Eigenverantwortung der Schulen lassen sich nur mit entsprechend ausgestatteten Schulverwaltungen und qualifiziertem Schulmanagement umsetzen.

33. Die Neuen Medien sind eine Herausforderung für Schule und lebenslanges Lernen. Wer den Zug ins Informationszeitalter verpasst, wird auch den Anschluss an die gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen in der Welt verlieren. Der Umgang mit den Neuen Medien ist ein gutes Beispiel für die Innovationsfähigkeit einzelner Schulen und ganzer Schulsysteme; er sollte in allen Schulformen eine Grundlage neuen Lernens werden.

Beim Einsatz Neuer Medien in der Schule gilt es nun, die vielfältigen Anstrengungen besser zu vernetzen, die pädagogische Ausrichtung zu klären und langfristige

Perspektiven zu definieren. Die Schule ist hierbei auf die Unterstützung der Wirtschaft angewiesen, um mit dem technologischen Fortschritt mithalten zu können.

Das Lernen mit Neuen Medien wird wichtige Impulse für die Lernkultur der Zukunft geben und die Rolle der Lehrkräfte verändern. Computer und Internet fordern die Lehrenden heraus, stärker mit den Lernenden zu arbeiten, sie zu motivieren und ihnen angesichts der Informationsfülle Orientierung zu geben - als Navigator und Moderator.

#### Dafür setzen wir uns ein:

34. Wir brauchen mehr eigenständige fachliche, fachdidaktische und erziehungswissenschaftliche Lehrerbildung an den Hochschulen.

Die Hauptschulpädagogik muss im Hinblick auf die besonderen pädagogischen Herausforderungen in dieser Schulart aufgewertet werden.

Der Praxisanteil in der Lehrerbildung muss stärker gewichtet werden und früher einsetzen.

Die einzelne Schule muss größeren Einfluss auf die Anstellung von Lehrern bekommen, um ihr pädagogisches Profil entwickeln zu können.

Zusatzqualifikationen, die z.B. in Jugendarbeit, Erwachsenenbildung, im musischen Bereich erworben worden sind, müssen bei der Entscheidung über die Einstellung in den Schuldienst stärkere Berücksichtigung finden.

35. Die Bildungspläne sind konsequent auf die Leitidee des lebenslangen Lernens auszurichten.

Leseverständnis ist eine Grundlage für lebenslanges Lernen. Die Leseförderung für benachteiligte Jugendliche muss intensiviert und methodisch verbessert werden, um Ausbildungsfähigkeit zu sichern.

Die Kernfächer Deutsch, Mathematik, Fremdsprache, Naturwissenschaften und Geschichte müssen in allen Schulformen aufgewertet werden.

Die CDU plädiert für die Einführung einer Fremdsprache ab Klasse 1 mit dem Ziel eines anwendungsorientierten Spracherwerbs in der Grundschule, auf dem die weiterführenden Schulen aufbauen können.

Für ein Zusammenwachsen Europas müssen bilinguale Angebote in allen Schularten ausgebaut werden.

Im allgemein bildenden Gymnasium sollen mindestens zwei Fremdsprachen bis zum Abitur gelernt werden.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erfordert eine Stärkung der naturwissenschaftlichen und technischen Bildung. Die Kenntnis von Grundlagen wirtschaftlicher Zusammenhänge ist wichtig, um sich im beruflichen Leben erfolgreich zurechtfinden zu können.

Das pädagogische Profil der Hauptschule soll durch regelmäßige Praxistage in Betrieben bzw. Betriebspraktika und durch praxisorientierte Projektprüfungen ergänzt werden.



36. Die CDU befürwortet integrative Maßnahmen, wenn die personellen, sächlichen und organisatorischen Voraussetzungen dafür gegeben sind, sie der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler mit Behinderung entsprechen und die Beteiligten (Förderzentrum, Regelschule, Eltern) sich auf ihre Durchführung geeinigt haben. Da die Regelschulen den Bedürfnissen von Kindern mit Behinderung häufig nicht gerecht wird, müssen die zuständigen Sonderschulen erhalten bleiben und gestärkt werden.

Den Bedürfnissen von lern- und geistigbehinderten Kindern kann in den entsprechenden Sonderschulen in effektiver Weise entsprochen werden. Diese Sonderschulen müssen deshalb weiter entwickelt und ausgebaut werden. Das Ziel der Kooperation mit Regelschulen muss stärker verfolgt werden. Damit Ein-/Umschulungen in Sonderschulen so gering wie möglich gehalten werden können, bedarf es einer massiven Ausweitung von präventiven Maßnahmen im vorschulischen Bereich und in der Grundschule.

37. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sind längst in der Schule angekommen. Es reicht aber nicht, Schulen mit Computern auszustatten und ans Internet anzuschließen. Gefragt sind jetzt neue Lehr- und Lernkonzepte, die Computer und Internet in den Unterricht verschiedener Fächer systematisch einbinden. Dazu müssen Bildungspläne überarbeitet, schultaugliche Software entwickelt und neue Akzente in der Lehrerbildung gesetzt werden.

38. Neue Kompetenzbeschreibungen und neue Lernformen verlangen in allen Schularten neue Formen der Leistungsbewertung, bei denen das praktische Lernen und Teamarbeit stärker gewichtet werden.

Kinder und Jugendliche haben am Ende einer Bildungsphase Anspruch auf transparente und vergleichbare Abschlüsse. Die CDU fordert deshalb zentrale Prüfungen an allen weiterführenden Schulen.

Vergleichsuntersuchungen zwischen einzelnen Schulen, Schularten und Schulsystemen sind für die Sicherung von Schulqualität unverzichtbar. Ideologische Verhärtungen müssen aufgebrochen werden, damit Vergleichstests ein alltägliches Element in umfassenden Prozessen der Qualitätsentwicklung werden können.

39. Auch für Lehrerinnen und Lehrer muss sich Leistung lohnen. Die CDU fordert eine offene Diskussion über unterschiedliche Leistungen im Lehrberuf. Aus der Debatte müssen klare Konsequenzen im Dienstrecht und bei der Besoldung folgen. Für die Gewinnung und Förderung leistungsbereiter Lehrkräfte muss das jetzige Dienstrecht modernisiert werden.

40. Die CDU tritt für ein flächendeckendes Angebot eines achtjährigen gymnasialen Bildungsganges in allen Bundesländern ein. Unser Ziel ist eine Verkürzung der Ausbildungszeiten insgesamt.

Bestehende Gesamtschulen müssen bei der Vergabe von Schulabschlüssen die Leistungsanforderungen des gegliederten Systems erfüllen. Dies ist durch qualitätssichernde Leistungsvergleiche mit dem differenzierten System sicherzustellen. Eine Annäherung der Gesamtschule an differenzierte Lernwege ist erforderlich, damit in Zukunft in ihnen eine individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler besser gelingen kann und die Chancengerechtigkeit verbessert wird.

Bei der Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln dürfen Gesamtschulen nicht bevorzugt werden.

41. Wer dauerhaft in Deutschland leben will, muss die Bereitschaft haben, die deutsche Sprache zu erlernen. Die CDU fordert mehr Mittel für eine möglichst frühzeitige Förderung der Deutschkenntnisse bei Kindern und Jugendlichen, deren Muttersprache

nicht Deutsch ist. Eltern, die nicht ausreichend Deutsch sprechen, können zugunsten eines nachhaltigen Erfolgs in die Sprachförderung einbezogen werden. Wir plädieren für Modellversuche zum gemeinsamen Deutschunterricht für ausländische Mütter und ihre Kinder. Notwendig sind obligatorische Sprachtests vor dem Eintritt in die Grundschule und in die weiterführenden Schulen, um die Sprachfähigkeit verbindlich festzustellen und bei erkennbaren Defiziten eine intensive Förderung möglichst früh beginnen zu lassen.

## **V. Die lernende Gesellschaft bauen, die Weiterbildung ausbauen**

42. Weiterbildung ist eine Wachstumsbranche. In den letzten fünfzehn Jahren hat sich die Zahl der Menschen, die Weiterbildungsangebote wahrnehmen, verdoppelt. Nahezu die Hälfte aller erwachsenen Deutschen bildet sich aktiv weiter.

Verstärkte private und öffentliche Investitionen in die Weiterbildung - auch auf dem Land - sind für die lernende Gesellschaft der Zukunft unverzichtbar.

Wir wollen keine zusätzliche staatliche Reglementierung, sondern mehr Anreize und bessere Rahmenbedingungen für den Weiterbildungsmarkt.

Die Innovationsfähigkeit von Unternehmen, Institutionen und Verwaltungen wird wesentlich durch das interne Weiterbildungsklima bestimmt. Weiterbildung entscheidet über Wettbewerbsfähigkeit. Betriebliche Weiterbildung darf kein Privileg für Führungskräfte oder die jungen und hochqualifizierten Beschäftigten sein.

Deutschland verfügt vor allem durch das Engagement der Länder, der Kommunen, der Kirchen, der freien Träger und der Sozialpartner über ein flächendeckendes Netz der Weiterbildung. Die CDU bekennt sich zum Prinzip der Subsidiarität in der Weiterbildung.

43. Lebenslanges Lernen wird für die individuellen Lebenschancen immer wichtiger. Es besteht dabei die Gefahr, dass sozial Schwache und sogenannte "Lernschwache" von der Weiterbildung ausgeschlossen bleiben.

Allgemeine Teilhabe am lebenslangen Lernen wird deshalb zunehmend zu einer Frage des sozialen Ausgleichs. Wir wollen keine staatlich verordnete Weiterbildungspflicht, sondern Motivation und Chancen zum lebenslangen Lernen für alle.

44. Weiterbildung muss planbar und verlässlich sein. Wir brauchen eine klare Aufgabenteilung und kooperative Abstimmung zwischen den verschiedenen Lernphasen und Lerninstitutionen. Nur so können sich Schulen, Hochschulen und Erstausbilder auf ihren grundlegenden Part beim lebenslangen Lernen sinnvoll konzentrieren.

45. Der Weiterbildungsmarkt braucht Transparenz und Qualitätsstandards. Öffentliche Förderung und Anreizsysteme zur vermehrten Nutzung von Weiterbildungsangeboten müssen mit Verbraucherschutz verbunden werden.

Die CDU ist für eine Organisation der Weiterbildung im Ordnungsrahmen der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb wollen wir nicht vorrangig in Institutionen investieren, sondern die Bürgerinnen und Bürger so unterstützen, dass sie Lern- und Beratungsmöglichkeiten ihrer Wahl nachfragen und damit die Institutionen zu mehr Flexibilität und Innovation herausfordern.

Die Bildungsinstitutionen müssen konsequent auf das Leitbild der lernenden Gesellschaft ausgerichtet werden. Sie müssen Brücken bauen zum lebenslangen Lernen.

### Dafür setzen wir uns ein:

46. Schule und Hochschule sollen sich für die Weiterbildung öffnen und selbst Angebote zum lebenslangen Lernen machen.

Im Sinne einer engeren Verknüpfung zwischen Schule und Weiterbildung plädieren wir für mehr Durchlässigkeit beim Einsatz von Lehrkräften in Schule und Erwachsenenbildung. Denn wer Erfahrungen aus der Erwachsenenbildung mitbringt, kann in der Schule besser an das lebenslange Lernen heranführen.

47. Allgemein bildende und berufliche Schulen sollen Kinder und Jugendliche durch ständige enge Kooperation mit örtlichen Bibliotheken und Mediotheken an das Lesen, den Mediengebrauch und an das lebenslange Lernen heranführen. Die Schule muss Brücken zu anderen Lernorten bauen.

Öffentliche Bibliotheken und Mediotheken sollen zu offenen Beratungszentren, Stützpunkten und Ateliers für das lebenslange Lernen ausgebaut werden.

48. Mit jedem Abschlusszeugnis einer anerkannten Bildungseinrichtung sollen alle Absolventinnen und Absolventen in Zukunft ein auf die Region abgestimmtes Weiterbildungshandbuch und einen Beratungsgutschein ausgehändigt bekommen. Dieser personengebundene Gutschein ist nach freier Wahl in einer zertifizierten Beratungseinrichtung einlösbar. Zeugnisse und Zertifikate sollen damit in Zukunft nicht nur den Abschluss einer Lehrphase dokumentieren, sondern deutlicher auch zum Auftakt für eine neue Lernphase werden.

Lernagenturen in öffentlicher und privater Verantwortung sollen als Zentren für die Weiterbildungsberatung und die Vermittlung von Kursen, Materialien, Hilfen und Partnern für das lebenslange Lernen aufgebaut und gefördert werden.

Die CDU fordert die Gründung einer unabhängigen "Stiftung Bildungstest" für Transparenz, Offenheit, Qualität und Verbraucherschutz in der Weiterbildung. Sie soll anerkannte Standards in der Weiterbildung durchsetzen.

49. Wir rufen Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und Vereine auf, ihren Beitrag zur lernenden Gesellschaft zu formulieren und öffentlich zu diskutieren.

Wir rufen Städte und Gemeinden auf, gemeinsam mit öffentlichen Bildungseinrichtungen, freien Trägern, privaten Partnern und Unternehmen ein regionales Leitbild für das lebenslange Lernen zu entwerfen und ein "Regionales Netzwerk Weiterbildung" zu knüpfen.

50. Seniorinnen und Senioren werden die Weiterbildung der Zukunft wesentlich prägen und gestalten. Ihre Kompetenzen und Erfahrungen können besonders in der Weiterbildung genutzt werden.

Über klassische Angebote hinaus soll in neue Formen und in die Qualitätsentwicklung der Weiterbildung für Seniorinnen und Senioren investiert werden.

Die Neuen Medien werden für ältere Menschen und für Menschen mit eingeschränkter Mobilität zunehmend interessant, weil sie Bildungs- und Informationsangebote zu Hause verfügbar machen. Hier ist das Engagement der Weiterbildungseinrichtungen gefragt.

51. Weiterbildung ist auch eine Chance für Männer und Frauen, die sich vorwiegend ihrer Familie widmen. Weiterbildungsangebote sollen familienfreundlich gestaltet werden und auf den möglichen Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Familienzeit vorbereiten.

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien bieten neue Chancen für das lebenslange Lernen. Durch Telelearning und Internet-Angebote kann die Weiterbildung der konkreten Lebenssituation der Lernenden besser angepasst werden.

52. Das bestehende Prüfungswesen soll so weiterentwickelt werden, dass auch die durch Lebenserfahrung, Berufspraxis und Mediennutzung erworbenen Kenntnisse und Kompetenzen angemessen zertifiziert und anerkannt werden können.

## **VI. Innovationen in der beruflichen Bildung machen Deutschland zukunftsfähig**

53. Das duale System der beruflichen Bildung ist erwiesenermaßen die beste Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit. Die CDU sieht deshalb in der Sicherung der Zukunftsfähigkeit des dualen Systems eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe.

Die Rahmenbedingungen des Ausbildungsmarktes müssen so gestaltet sein, dass die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und der öffentlichen Institutionen nachhaltig gesteigert wird. In den neuen Ländern bedarf das System der dualen Ausbildung intensiver Förderung.

Vollzeitschulische Angebote sind in Branchen notwendig, in denen keine duale Ausbildung existiert bzw. nicht hinreichend Ausbildungsplätze angeboten werden. Der allgemeine Trend zu immer mehr vollzeitschulischen Angeboten muss gestoppt werden. Neu entstehende Branchen und Berufsfelder - insbesondere in den Bereichen Informationstechnik und Dienstleistungen - müssen durch flexible Rahmenbedingungen für die duale Ausbildung gewonnen werden, um einen Weg zur Verringerung der vollzeitschulischen Angebote zu finden.

Der schulische Anteil an der dualen Ausbildung dient nicht zuletzt der Stärkung der Weiterbildungsfähigkeit. Er ist ein unverzichtbares Element der lernenden Gesellschaft und trägt entscheidend zum international hervorragenden Ruf deutscher Fachkräfte bei. Technischer und wirtschaftlicher Wandel fordern uns heraus, die Spitzenposition mit neuen Reformanstrengungen zu verteidigen.

54. Das System der beruflichen Bildung braucht mehr Vernetzung zwischen allen öffentlichen und privaten Akteuren im Bildungswesen:

- Die Ausbildungsfähigkeit der Schulabgängerinnen und -abgänger ist von zentraler Bedeutung. Über den Erfolg des dualen Systems wird somit auch in den allgemein bildenden Schulen entschieden.

- Ein verlässliches System der Weiterbildung muss die duale Erstausbildung ergänzen, vertiefen und erweitern. Der gesicherte Zugang zu hochwertiger Weiterbildung ist Voraussetzung für die Straffung von Erstausbildungen.

- Die Hochschulen müssen stärker in Modelle dualer Ausbildung einbezogen werden. Fachhochschulen und Berufsakademien sind dabei erfolgreiche Vorreiter.

- Der Zusammenschluss mehrerer Betriebe zu Ausbildungsverbänden steigert die Zahl der Ausbildungsplätze und stärkt das Fachkräftepotential der beteiligten Unternehmen.

- Die Organisation des schulischen Teils der dualen Ausbildung muss auf die jeweils aktuellen Anforderungen der Betriebe noch besser abgestimmt werden. Gemeinsame Ausbildungsordnungen und Prüfungen erhöhen die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen.

55. Die Beschreibung klarer Berufsbilder ist das Grundprinzip der beruflichen Bildung. Das Berufskonzept muss so weiterentwickelt werden,

- dass flexibel auf die Anforderungen der Betriebe und die Begabungen der Auszubildenden eingegangen werden kann,

- dass eine Ausbildung dauerhafte Grundlage für Beschäftigung ist,

- dass überbetriebliche und überregionale Anerkennung gesichert bleiben und Europafähigkeit hergestellt wird.

56. Ein kritischer Faktor für den Erfolg der Berufsbilder wird die Geschwindigkeit sein, mit der sie kontinuierlich an wirtschaftliche Wandlungsprozesse angeglichen werden können. Es geht nicht darum, ein starres System angesichts neuer Herausforderungen immer mehr zu erweitern. Das ganze System der Berufe und Ausbildungen muss flexibler werden.

57. Wir brauchen innerhalb einzelner dualer Ausbildungen mehr Differenzierungsmöglichkeiten je nach der Leistungsstärke der Auszubildenden. Hierzu gehört auch ein erster berufsqualifizierender Abschluss nach der Zwischenprüfung.

#### Dafür setzen wir uns ein:

58. Die CDU setzt sich dafür ein, allen Jugendlichen dauerhafte Perspektiven auf dem ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen. Kurzfristige Programme, die den staatlich geförderten Arbeitsmarkt aufblähen, lehnen wir ab. Benachteiligte Jugendliche brauchen Weiterqualifizierung statt Warteschleifen, sie brauchen neue Spielräume in bewährten Berufen und neue Berufe, die ihrer Leistungsfähigkeit entsprechen und am Markt erfolgreich sind.

59. Das Berufsbildungsgesetz gehört auf den Prüfstand. Es darf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht behindern und muss die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern.

Im Dialog mit den Sozialpartnern muss eine flexiblere Grundordnung der Ausbildungsberufe entwickelt werden, in deren Rahmen auf künftige Anpassungserfordernisse schnell reagiert werden kann.

Erstausbildungen sollen grundsätzlich in einen Pflicht-, einen Wahlpflicht- und einen Wahlbereich gegliedert sein. Diese sind auf anerkannte Weiterbildungsmodule abzustimmen.

Je nach Vorbildung und Leistung der Auszubildenden muss die Ausbildungsdauer weiter flexibilisiert werden.

Die duale Berufsausbildung muss zu einer attraktiven Alternative zum Studium entwickelt werden. Um die Gleichberechtigung von Ausbildungsbetrieb und Berufsschule zu erreichen, müssen schulische Leistungen angemessen berücksichtigt werden.

60. Die CDU ist gegen neue gesetzliche Abgaben zu Lasten der Wirtschaft. Eine Verminderung der Abgabenlast im Rahmen einer umfassenden Unternehmenssteuerreform muss zur Förderung der Ausbildungsbereitschaft genutzt werden.

Eine Zwangsabgabe für nicht ausbildende Betriebe lehnen wir ab. Diese würde die Kostenbelastung der Unternehmen erhöhen, zu mehr Bürokratie führen und Arbeits- und Ausbildungsplätze abbauen.

61. Die CDU plädiert dafür, die Meisterausbildung im Handwerk nachhaltig zu reformieren.

Im Rahmen des "Großen Befähigungsnachweises" müssen diejenigen Anteile gestärkt werden, die zur Existenzgründung befähigen, zum Erfolg am Markt führen und die Ausbildungskultur in den Betrieben stärken. Der Erwerb des "Großen Befähigungsnachweises" dient der Qualitätssicherung der handwerklichen Ausbildung. Er steht auch im europäischen Wettbewerb für die CDU nicht zur Disposition.

Das "Meister-BAföG" muss weiter ausgebaut werden.

Die Meisterfortbildung der Zukunft muss noch schneller als in der Vergangenheit auf Veränderungen reagieren und diese in die Fortbildung integrieren.

62. Leistungsbezogene Differenzierung innerhalb bestehender Berufe trägt zum sozialen Ausgleich und zur kulturellen Teilhabe durch Beschäftigung bei. Die Forschung zum beruflichen Lernen von "Lernschwachen" muss nachhaltig gefördert werden.

Jugendberufshilfe und Schulsozialarbeit sollen ausgebaut werden, um die menschlichen und sozialen Voraussetzungen für Bildung und Beschäftigung bei besonders Benachteiligten zu schaffen.

63. Allgemein bildende Schulen sollen mit beruflichen Schulen und Betrieben enger kooperieren. Praktika für Schülerinnen und Schüler fördern die Lernmotivation und helfen bei der Berufswahl.

64. Berufsorientierung und Berufsberatung müssen in den allgemein bildenden Schulen verstärkt werden. Sie müssen differenziert über die jeweilige Ausbildung, die Berufspraxis und die in der Praxis bestehenden Weiterbildungsmöglichkeiten informieren.

## **VII. Forschung und Lehre brauchen mehr Freiheit und mehr Effizienz**

65. Die Einheit von Forschung und Lehre war die Voraussetzung für die Erfolgsgeschichte der deutschen Hochschule seit Wilhelm von Humboldt. Die Verbindung von Qualität und Effizienz ist Bedingung für ihren Erfolg in der Zukunft.

Hochschulen sind Kultureinrichtungen mit Langzeitperspektive. Sie sollen historisches Bewusstsein und Zukunftsverantwortung miteinander verbinden und in die Gesellschaft vermitteln.

Kurz- und mittelfristige Zweckorientierung in Forschung und Lehre darf die nachhaltige Pflege kultureller Traditionen und die naturwissenschaftliche wie auch geisteswissenschaftliche Grundlagenforschung nicht einschränken.

66. Der internationale Ruf der deutschen Hochschule nimmt dauerhaft Schaden, wenn notwendige Reformen jetzt nicht entschlossen umgesetzt werden und es den Hochschulen nicht gelingt, ihre Leistungsschwerpunkte im Sinn einer Profilbildung herauszuarbeiten.

Mehr Qualität der Hochschulen braucht mehr Wettbewerb, mehr Wettbewerb braucht mehr Freiheit. Gute Forschung und Lehre sowie ein effizientes Management der Hochschulen lässt sich nicht durch Verbote, Anordnungen und zentrale Vorgaben steigern.

Einen effizienten Umbau der Hochschulen wird es nicht geben, wenn die politische Steuerung sich nicht ändert. Strategische Hochschulpolitik wird zunehmend an die Stelle von Detailsteuerung und Fachaufsicht der entsprechenden Ministerien treten.

Notwendig ist ein "Durchforsten" der Lehrpläne und Studienordnungen. Ziel ist es hierbei, unnötigen Ballast abzuwerfen und zu international wettbewerbsfähigen Studieninhalten und -zeiten zu kommen, die auch den Anforderungen des modernen Berufslebens entsprechen.

67. Das differenzierte System von Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen, Musik- und Kunsthochschulen sowie Berufsakademien fördert den Wettbewerb. Kein Hochschultyp darf in seiner Entwicklung behindert werden. Die CDU begrüßt Initiativen zur Gründung privater Hochschulen.

Zum Wettbewerb zwischen den Hochschulen und in den Hochschulen gehört auch der Wettbewerb um die Studierenden. Als "Kundinnen" und "Kunden" der Hochschule haben die Studierenden ein Recht auf Qualität und Leistung. Umgekehrt müssen die Hochschulen aber auch auf einer gesicherten Studierfähigkeit der Abiturienten aufbauen können.

68. Deutsche Hochschulen müssen für ausländische Studentinnen und Studenten attraktiver werden. Dazu müssen deutsche Abschlüsse international vergleichbar sein. Zugleich soll der Erwerb von internationalen Abschlüssen in Deutschland ermöglicht werden. Die deutschen Hochschulen müssen verstärkt ihre Leistungen weltweit kommunizieren und für sich werben.

Unter ungünstigen Rahmenbedingungen erbringen deutsche Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien hervorragende Leistungen. Aber nirgendwo im Bildungsbereich ist der internationale Wettbewerb so ausgeprägt wie bei den Hochschulen. Deshalb kann sich Deutschland als Wirtschafts- und als Wissenschaftsstandort schlechte Arbeitsbedingungen für seine besten Köpfe nicht länger leisten.

Das Dienstrecht und die Besoldungsstrukturen müssen für alle Bereiche reformiert werden, damit besondere Leistungen sich auszahlen und die Besten in Lehre, Forschung und Entwicklung sich für die deutschen Hochschulen engagieren.

69. Die Reform der Hochschulen und deren Qualitätsentwicklung sind wesentliche Voraussetzungen, um große und mittlere Unternehmen an den Standort Deutschland zu binden.

Gerade die Unternehmen mittlerer Größe, die Deutschlands Wirtschaftskraft wesentlich ausmachen, aber nicht über eigene Forschungsabteilungen verfügen, brauchen die Nähe zu innovativen Hochschulen.

70. Die Studienförderung ist ein wichtiges Mittel des sozialen Ausgleichs. Sie ist notwendig, um allen, die dazu befähigt sind, ein Studium zu ermöglichen.

Begabtenförderung ist im internationalen Wettbewerb unerlässlich. Sie ist darüber hinaus ein wichtiger Faktor der Elitenbildung und Elitenerneuerung in der Demokratie.

Die Lösung der technischen, wirtschaftlichen und politischen Zukunftsprobleme erfordert öffentliche und private Begabtenförderung. Sie trägt entscheidend zum kulturellen Reichtum und zur humanen Lebensqualität bei.

71. Engere Kooperationen der Hochschulen mit der Wirtschaft fördern die Praxisnähe ihrer Ausbildungen. Sie sind für deren Qualitätsentwicklung und Finanzierung von zunehmender Bedeutung.

Die Trennung zwischen dem Hochschulsektor und den Klein- und Mittelbetrieben muss beseitigt werden. Das beträchtliche Interesse des Handwerks an Kontakten und Zusammenarbeit mit Hochschulen muss genutzt werden, um den Transfer von Wissen, Technologie und Personal in das Handwerk zu ermöglichen.

72. Studium und Beruf werden nicht mehr nur getrennt aufeinander folgen. Nach Berufs- oder Familienphasen werden sich mehr weiterqualifizierende Phasen des Studiums anschließen. Dafür müssen die Hochschulen ihre Strukturen öffnen. Auch auf diesem neuen Bildungsmarkt sollen sie miteinander konkurrieren.

Die Hochschulen sollen auch Angebote für Fern- und Abendstudium mit anerkannten akademischen Abschlüssen schaffen und erweitern.

#### Dafür setzen wir uns ein:

73. Die Studienbewerberinnen und -bewerber sollen ihre Hochschule und die Hochschulen ihre Studierenden selber auswählen können. Die Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (ZVS) muss deshalb abgeschafft werden. Das bestehende System zur Festlegung der Zahl der Studienplätze, insbesondere die Kapazitätsverordnungen, soll durch Hochschulverträge ersetzt werden.

74. Die Abschlüsse deutscher Hochschulen müssen zum internationalen System kompatibel sein. Die Modularisierung von Studiengängen kommt vielen Studierenden entgegen, ermöglicht einen früheren Berufseintritt und eine spätere Rückkehr an die Hochschule.

Das Angebot internationaler Studiengänge an deutschen Hochschulen muss ausgeweitet werden. Internationale Hochschulpartnerschaften sollen Auslandssemester und integrierte Auslandsaufenthalte ermöglichen. Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Hochschulabschlüssen muss erleichtert werden.

75. Die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung, Berufsakademien, Fachhochschulen und Universitäten muss erhöht werden.

76. Rechtliche und administrative Hindernisse für ausländische Studierende und Nachwuchswissenschaftler in Deutschland müssen abgebaut werden.

Wir müssen den Frauenanteil in Wissenschaft, Forschung und Technik erhöhen und die bestehenden Hindernisse und Barrieren, die die wissenschaftliche Laufbahn von Frauen verhindern, abbauen.

77. Die Leitung der Hochschule muss gegenüber der Ministerialverwaltung mehr unternehmerische Gestaltungsfreiheit bekommen. Dabei muss es klare persönliche Verantwortlichkeiten und unabhängige interne wie externe Kontrollen geben. Die staatlichen Finanzaufweisungen sollen in Form von Globalhaushalten erfolgen. Hochschulen sollen ihre Gremienstrukturen zugunsten von mehr Selbstverantwortung



und mehr Effizienz reformieren. Die Länder müssen dafür die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen.

Dienstrecht und Besoldung der Hochschullehrerinnen und -lehrer sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen Leistungskriterien stärker berücksichtigen und flexibler gestaltet werden. Im Wettbewerb um die besten Köpfe dürfen die deutschen Hochschulen gegenüber ihrer globalen Konkurrenz in Wissenschaft und Wirtschaft nicht durch ein starres Dienst- und Besoldungsrecht behindert werden. Die Anstellung von Hochschullehrern außerhalb des Beamtenverhältnisses sollte möglich sein.

78. Die CDU spricht sich für ein zukunftsweisendes Gesamtkonzept der Hochschulfinanzierung aus. Dabei muss die Mittelzuweisung an die Hochschulen auch die tatsächliche Nachfrage der Studierenden, die Quote der innerhalb der Regelstudienzeit erworbenen Abschlüsse sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses berücksichtigen.

Hochschulen sollen ihr Budget für Forschung und Lehre durch Nutzungsentgelte, Abgaben für Nebentätigkeiten, Drittmittel-Overheads, Forschungsaufträge, Technologietransfer, Weiterqualifizierung von Berufstätigen und neue Formen von Public-Private-Partnership aufbessern können. Stifter und Sponsoren müssen bessere Möglichkeiten zur Förderung der Wissenschaften haben.

Interne und externe, international geprägte Evaluation ist als Element kontinuierlicher Qualitätsentwicklung von Hochschulen und als Voraussetzung für die Zuweisung öffentlicher Mittel flächendeckend einzuführen.

Die Hochschulhaushalte sind verstärkt nach Leistungs- und Belastungskriterien und durch Hochschulverträge zu gestalten.

79. Die Finanzierung des Studiums und des Lebensunterhalts der Studierenden muss so gestaltet werden, dass Studienwillige nicht vom Studium abgeschreckt und Studierende nicht zum Erwerb durch Nebentätigkeiten gezwungen werden. Eine angemessene Erhöhung der BAföG-Freibeträge und -Fördersätze und eine Ausweitung des Stipendienwesens sind dafür Voraussetzung. Das Kindergeld soll dabei nicht angerechnet werden.

Die Sozialverträglichkeit des Studienfinanzierungssystems muss gewahrt und die Qualität von Studium und Lehre muss verbessert werden. Es ist zu prüfen, ob beide Ziele durch die sinnvolle Kombination von BAföG, Bildungssparen, Bildungsdarlehen und Gebühren bei einkommensabhängiger Darlehensrückzahlung sowie Freiplätzen für Begabte und Bedürftige miteinander vereinbart werden können.

80. Berufsbezogene Elemente im Hochschulstudium erhöhen die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen.

Das System der Berufsakademien ist ein bewährter Weg des dualen Studiums. Fachhochschulen müssen einen größeren Anteil von Studienberechtigten als bisher aufnehmen können. Dazu ist auch ihr Fächerspektrum auszudehnen. Die verschiedenen Hochschultypen sollen enger kooperieren.

Hochschulen sollen ihre Studierenden systematisch bei der Existenzgründung unterstützen.

## **VIII. Nachhaltige Politik für die lernende Gesellschaft**

81. Das Grundprinzip nachhaltiger Politik ist die Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Die Generation, die jetzt in Verantwortung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft steht, soll so handeln, dass den nachfolgenden Generationen mindestens dieselben Handlungsspielräume zur Verfügung stehen. Dieses Grundprinzip muss Bildung und Erziehung mit einschließen.

- Wir schulden es den nachfolgenden Generationen, das Bildungswesen zu erhalten und zu verbessern.

- Wir schulden es den nachfolgenden Generationen, ihnen das Recht einzugestehen, für sich und ihre Zukunft selbst Verantwortung zu übernehmen.

- Wir schulden es den nachfolgenden Generationen, dass sie das Richtige richtig lernen können. Orientierungswissen ist nachhaltiges Wissen. Das Lernen zu lernen heißt, nachhaltig zu lernen.

Es gibt Wissensbestände und Kulturgüter, die nicht veralten. Es gibt Kompetenzen und Qualifikationen, die ein ganzes Leben lang wichtig sind. Sie müssen im Mittelpunkt des nachhaltigen Lernens in den Einrichtungen des Bildungswesens stehen.

82. Bildungspolitik gehört in den Gesamtzusammenhang nachhaltiger Politik. Sie muss auf die Situation der öffentlichen Haushalte Rücksicht nehmen. Bildungsausgaben sind Investitionen in die Zukunft und nicht Konsumausgaben. Sie haben deshalb hohe Priorität im Gesamtzusammenhang der Politik.

Die erforderliche Qualitätsentwicklung in Schule und Hochschule, in Ausbildung und Weiterbildung ist nur mit zusätzlichen öffentlichen und privaten Investitionen möglich.

Wer Ressourcen für das Bildungswesen fordert, muss sparsam und effizient damit umgehen.

83. Bildung und Erziehung sind die Grundlage für Wohlstand und Freiheit, für Frieden und Gerechtigkeit. Veränderte globale Bedingungen und tiefgreifender Wandel der konkreten Lebenswelten verlangen immer neue individuelle und gesellschaftliche Anpassungs- und Lernprozesse. Deshalb gilt: Unsere Werte in der Welt von morgen zu verwirklichen - das erfordert den Aufbruch in die lernende Gesellschaft.